

ARZNEIMITTEL

Kein Geld für Krötendrüsen



Die Krankenkassen werden künftig für homöopathische Medikamente keine Kosten mehr zurückerstatten. Diese genügen den Kriterien einer von der EU geforderten Positivliste nicht. Damit wird es die Alternativmedizin in Luxemburg noch schwerer haben.

Umgeben von zahllosen Arzneifläschchen, bietet Argan das Bild eines bedauernswerten Menschen. "Der eingebildete Kranke" ist "umsorgt" und zugleich ausgebeutet von Ärzten. Einziger Ausweg: Er wird selbst Arzt. Molière karikierte in seiner 1673 uraufgeführten Komödie die Positionen der damaligen medizinischen Diskussion. Der pedantische Arzt Diafoirus verkörpert die traditionelle Medizin, Argans Bruder Béralde glaubt hingegen an die Heilkräfte der Natur.

Rund drei Jahrhunderte nachdem der französische Bühnendichter die zeitgenössische Medizingläubigkeit parodistisch an den Pranger stellte, scheint die Frage zwischen traditioneller und alternativer Medizin noch immer nicht geklärt. Letztere hat in den vergangenen Jahren einen wahren Boom erlebt. Während die moderne Apparatemedizin vor allem bei chronischen Beschwerden und psychosomatischen Erkrankungen an ihre Grenzen stößt und die von der Pharmaindustrie hergestellten Medikamente nicht selten unkalulierbare Nebenwirkungen mit sich bringen, wenden sich viele PatientInnen desillusioniert anderen Methoden wie der Akupunktur oder der Homöopathie zu.

Die VertreterInnen der Alternativmedizin setzen auf die Selbstheilungskräfte des menschlichen Körpers. Die Gemeinde ihrer AnhängerInnen wächst, denn inzwischen vertrauen ihnen auch gelernte SchulmedizinerInnen: So verordnen zum Beispiel laut Umfragen in Deutschland rund 70 Prozent der niedergelassenen ÄrztInnen zumindest gelegentlich homöopathische Medikamente. In Indien und Brasilien gibt es sogar homöopathische Krankenhäuser. Die Homöopathie ist dort offiziell anerkannt.

Auch in Luxemburg integrieren einige ÄrztInnen - genaue Zahlen liegen nicht vor - homöopathische Methoden in ihre Behandlung. Dennoch führt die Homöopathie hierzulande ein Mauerblümchendasein. Und die Gefahr, weiter zurückgedrängt zu werden, ist größer geworden: Denn die Krankenkassen werden künftig für homöopathische Medikamente keine Kosten mehr zurückerstatten. Die "Union des caisses de maladie" (UCM) traf diese Entscheidung vergangene Woche bei ihrer Generalversammlung. Mit Bedauern, hieß es, doch die Streichung dieser Arzneimittel sei aufgrund eines neuen Gesetzes vom 31. Mai notwendig geworden.

Mit dem Gesetz, das am 1. Januar in Kraft treten soll, übernimmt Luxemburg die europäische Richtlinie

über Transparenz sowie Preise und Rückerstattung von Arzneimitteln. Es sieht vor, dass jedes Mitgliedsland der EU eine Positivliste führt, in denen die Medikamente aufgelistet sind, deren Kosten von den Krankenkassen zurückerstattet werden. Um auf die Positivliste zu kommen, muss ein Medikament dem von der Weltgesundheitsorganisation erstellten anatomisch-therapeutisch-chemischen Klassifikationssystem (ATC-Code) entsprechen. Schlechte Karten für homöopathische Mittel, die diese Kriterien nicht erfüllen: Sie sind meistens so stark verdünnt, dass sie chemisch nicht mehr ausreichend nachweisbar sind. "Die Wirkung von homöopathischen Medikamenten ist wissenschaftlich nicht nachgewiesen", erklärt Joe Wirtz. Der Präsident der "Association des médecins et des médecins-dentistes" steht der Homöopathie skeptisch gegenüber. Sie sei "nicht so seriös", meint der Schulmediziner und fügt hinzu: "Man muss daran glauben."

Misstrauen gegenüber "chemischen Keulen"

Jean Huss ist da anderer Überzeugung. Der grüne Chamber-Abgeordnete und Verfechter alternativer Heilmethoden zeigte sich bestürzt über die Entscheidung, homöopathische Arzneimittel nicht mehr zu fördern. Gemeinsam mit seinem Kollegen von der LSAP, Mars di Bartolomeo, schrieb er einen offenen Brief an Gesundheits- und Sozialminister Carlo Wagner: Mit der für die Homöopathie negativen Entscheidung würden die Rechte der PatientInnen auf eigene Wahl der Therapiemöglichkeiten entscheidend eingeeignet, heißt es in dem Schreiben. Dies sei "ein Affront an die Adresse der zahlreichen Patien-

ten, die seit Jahren über gute Erfahrungen mit homöopathischen Heilmitteln berichten".

Die Entscheidung widerspreche der Entwicklung der vergangenen zehn Jahre, betont Huss. Die Nebenwirkungen der "chemischen Keulen" hätten zu einem wachsenden Misstrauen gegenüber der klassischen Medizin geführt. Doch eine "Allianz der klassischen Standesvertreter" wolle das Rad zurückdrehen, indem sie die Homöopathie als Scharlatanerie bezeichne und nur Medikamente akzeptiere, die einer bestimmten chemischen Formel entsprechen, sagt der Grünen-Politiker und fügt hinzu: "Man kann die Wissenschaft nicht auf einen Tunnelblick reduzieren." Während das Nachbarland Belgien die alternativen Heilmethoden anerkenne, sei Luxemburg in diesem Fall eines der rückständigsten Länder, so Huss. Deshalb müsse das Gesetz wieder geändert werden.

Auf ihrer Seite haben Huss und di Bartolomeo dabei die "Patienten Verriedung": "Afin que tout patient puisse profiter pleinement de cette médecine, il doit avoir droit au remboursement des prestations", meint deren Präsident René Pizzaferrri. Und auch der LCGB bläst ins selbe Horn. In einer Pressemitteilung forderte er vor einigen Tagen, "eine Definition von homöopathischen Medikamenten voran zu treiben und gegebenenfalls das Gesetz vom 18. April abzuändern".

Dabei handelt es sich um Medikamente, die "im globalen Budget wenig ausmachen", so der Apotheker André Marxen. "Die wenigsten haben etwas mit Homöopathie am Hut." Das Ganze sei eher ein technisches Problem, erklärt Jean-Claude Ast, der Vorsitzende des Apothekerverbandes. In seiner Apotheke machten die homöopathischen Mittel nur einen kleinen Teil aus. Und ihr Preislevel sei eher niedrig.

In der Tat fallen die alternativen Mittel mit 65.000 Euro pro Jahr an Rückerstattung für die Krankenkassen ohnehin nur wenig ins Gewicht. Also alles halb so schlimm, wenn ein paar Medikamente, die zudem noch günstig zu haben sind, vom Patienten selbst bezahlt werden müssen? "Homöopathie gehört in die Apotheke", erklärt UCM-Chef Robert Kieffer. Sie aus der Liste der Medikamente, die zurückerstattet werden, zu verbannen, will niemand wirklich. Die UCM schiebt den schwarzen Peter der Exekutive zu. Doch auch da scheint man nichts gegen Krötendrüsensekret und Knoblauchzweibelsaft zu haben. Gesundheitsminister Carlo Wagner höchstpersönlich hatte die Ausklammerung der homöopathischen Mittel als "falsches Signal" bezeichnet. Zu einer Anpassung der rechtlichen Lage erklärte er sich kürzlich bereit.

Stefan Kunzmann

Keng Reklamen fier Tubak w.e.g

Auf die Frage, wer Spa-Francorchamps sponsorn darf, könnte es schon bald eine europäische Antwort geben. Geht es nach der EU-Kommission und dem Europaparlament, ist es im Jahr 2005 so weit: Werbung für gesundheitsschädliche Glimmstengel und ähnliche Tabakprodukte ist dann per EU-Gesetz in den Printmedien, im Radio sowie im Internet verboten. Zudem wird auch das Sponsoring durch Tabakkonzern von Events mit grenzüberschreitender Wirkung wie etwa Formel 1-Rennen untersagt.

Für Luxemburg hätte diese Richtlinie, der diese Woche das Parlament zugestimmt hat, weitreichende Konsequenzen. Bislang gibt es hierzulande im Gegensatz zu neun anderen EU-Staaten kein generelles Verbot für Tabakwerbung. Als großen Erfolg hat Gesundheits- und Konsumenten-Kommissar David Byrne das Votum des Parlamentes kommentiert. Dies sei ein wichtiges Signal an die Tabakindustrie. Diese zweite Version der Richtlinie stünde auch juristisch auf einem soliden Grund. Es sei nicht damit zu rechnen, dass dieses Regelwerk wie sein Vorgänger vom Europäischen Gerichtshof zurückgewiesen wird. Vor vier Jahren hatte Deutschland erfolgreich gegen ein generelles Verbot für Tabakwerbung geklagt.

Teurere Tickets mit Verspätung

Bus- und Bahnfahrten wird teurer in Luxemburg. Ab 1. Januar 2003 steigen die Ticketpreise um satte fünf bis 15 Prozent. Dies billigte der Ministerrat in der vergangenen Woche. Das bedeutet zum Beispiel, sich für zehn Cent mehr pro Einzelfahrkarte per Bus durch die Hauptstadt schaukeln zu lassen, inklusive Verspätungen, Vollbremsungen und - in den Stoßzeiten - überfüllter Busse mit schlechter Luft und schlecht gelaunten FahrerInnen. Dabei hatte der für die Fahrpreiserhöhungen verantwortliche Übeltäter, Transportminister Henri Grethen, zu Beginn des Jahres noch vollmundig verkündet, dass es im Zuge der Euro-Umstellung keinen Teuro-Effekt auf die Nutzung öffentlicher Transportmittel geben würde. Gab es auch nicht: Die Regierung setzt auf ein schwach ausgeprägtes Langzeitgedächtnis der LuxemburgerInnen und erhöht die Preise - wie sich's im öffentlichen Transport gehört - mit Verspätung. Nicht mit dem ADR: Das bezeichnet die Tarifierhöhung als "falsches Signal" und fordert dagegen einen kostenfrei angebotenen Personentransport - eine Forderung, die Umweltbewegung vor mehr als einem Jahrzehnt wegen ihrer damaligen Undurchsetzbarkeit aufgegeben hatte.

Luxemburg ohne Juncker und drei Familien

Weiterhin herrscht Funkstille bei der Regierung hinsichtlich der Ausweisung der abgelehnten AsylbewerberInnen. Der Lëtzebuurger Flüchtlingsröt hatte am 11. November die Einberufung einer zuständigen Person gefordert, die zwischen der Regierung und den Luxemburger Flüchtlingsorganisationen vermittelt. Seither hat sich nichts getan. Premierminister Jean-Claude Juncker hüllt sich ebenfalls weiterhin in Schweigen über das Positionspapier zur Regelung der Rückführung abgelehnter AsylbewerberInnen, das die Mehrheit der Mitgliedsorganisationen dem Justizminister im Juli zukommen ließ. Von wegen Mediateur. Die Regierung bleibt ihrer Linie treu: Gestern morgen wurden drei weitere Familien ausgewiesen. Sechs Erwachsene und sechs Kinder mussten nach Jugoslawien zurückreisen. Unterdessen schrieb der Flüchtlingsröt nochmals einen Brief an Juncker, um diesen ein weiteres Mal auf die Forderung nach einer Vermittlungsperson zu erinnern. Die Antwort dürfte auf sich warten lassen, denn auch der Premier hat das Land verlassen: nicht als abgeschobener Flüchtling, sondern in beruflicher Mission zum Prager Nato-Gipfel.